



An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

14 Dezember 2023

Sehr geehrter Herr Landrat, *Hans Jürgen Petrauschke*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. September 2023, in dem Sie die gravierenden Auswirkungen der zu hohen Energiekosten auf die energieintensive Industrie zutreffend beschreiben und einen wettbewerbsfähigen Strompreis sowie weitreichende strukturelle Verbesserungen für die betroffenen Unternehmen fordern.

Insbesondere die von Ihnen adressierte Grundstoffindustrie bildet als zentraler Materiallieferant das Rückgrat nahezu aller Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt. Die deutlich zu hohen Energiepreise gefährden diesen wichtigen Teil unserer industriellen Wertschöpfungsketten massiv.

In den vergangenen Monaten hat sich die Landesregierung daher intensiv für geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen Strompreises eingesetzt. Vor allem die von uns maßgeblich initiierte Allianz der Bundesländer mit Chemiestandorten „Erhalt der chemischen Industrie in Deutschland“ hat dazu beigetragen, die politischen Entscheidungsträger für die verheerenden Folgen der hohen Energiepreise für die chemische Industrie und den gesamten Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zu sensibilisieren.

Mit der Einigung der Bundesregierung auf ein Strompreispaket wurden nun zumindest Teile unserer Forderungen umgesetzt, etwa die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.

Leider ist bereits jetzt absehbar, dass das Strompreispaket nicht ausreichen wird, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Unternehmen zu sichern und den Industriestandort Nordrhein-Westfalen langfristig zu erhalten. Viele energieintensive Unternehmen werden kaum von den angekündigten Entlastungen profitieren. Für sie bedeutet das Strompreispaket lediglich den Erhalt des „status quo“.

Das Strompreispaket der Bundesregierung darf deshalb nur ein erster Schritt sein. Die Bundesregierung muss den energieintensiven Unternehmen eine Brücke bauen bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir wieder wettbewerbsfähige Strompreise haben. Dies gilt auch nach der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Bundesregierung hat unserer Wirtschaft ihre Unterstützung fest zugesagt. Dieses Wort muss Bestand haben. Unsere Unternehmen brauchen Planungssicherheit, vor allem jene mit hohem Energiebedarf.

Zentral für unser Industrieland ist auch die Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit müssen die Lücken, die durch den Abbau fossiler Stromerzeugungskapazitäten und den Ausbau erneuerbarer Energien entstehen, geschlossen und die Schwankungen in der Erzeugung durch erneuerbare Energien ausgeglichen werden. Dazu müssen mit Hochdruck moderne, am besten wasserstofffähige Gaskraftwerke und andere steuerbare Kapazitäten zugebaut werden.

Die Erarbeitung des europäischen und nationalen Rechtsrahmens für eine Kraftwerksstrategie haben die Implementierung eines entsprechenden Kapazitätsmarktes bereits erheblich verzögert.

Gegenüber der Bundesregierung habe ich deutlich gemacht, dass die gegenwärtige Haushaltskrise des Bundes keinesfalls dazu führen darf, dass die Kraftwerksstrategie noch weiter zurückgestellt wird. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeiten für die notwendigen Kraftwerke ist eine weitere Verschiebung inakzeptabel, wenn wir gemeinsam am Kohleausstieg 2030 festhalten wollen.

Mindestens genauso wichtig ist, dass die künftigen Kraftwerke mit ausreichend Gas bzw. später mit ausreichend Wasserstoff versorgt werden. Dabei muss insbesondere die Pipeline-Anbindung an die Seehäfen in Zeebrügge und Rotterdam berücksichtigt werden. Ich begrüße es, dass dieser Punkt in der kürzlich vorgelegten Industriestrategie adressiert wurde. Leider fehlt zu meinem Bedauern nach wie vor der angekündigte Netzentwicklungsplan.

Niedrigere Strompreise und Versorgungssicherheit allein genügen allerdings nicht. Die Landesregierung tritt deshalb ebenfalls für eine Verbesserung der Standortbedingungen insgesamt ein. Dazu zählen insbesondere ein wettbewerbsfähiges Steuersystem, die Schaffung von Anreizen für klimafreundliche Investitionen und Innovationen, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, ausreichend qualifizierte Fachkräfte und eine leistungsfähige Infrastruktur.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns als Landesregierung auch weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen werden, dass gerade die energieintensive Industrie, die auch Ihren Landkreis wesentlich prägt, bei ihrer Transformation hin zur Klimaneutralität bestmöglich unterstützt wird und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Nordrhein-Westfalen ist die wichtigste Industrieregion Europas. Es ist das erklärte Ziel dieser Landesregierung, dass Nordrhein-Westfalen dies auch in Zukunft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Wüst', written in a cursive style.

Hendrik Wüst MdL